

Zeitungskongress 2017**Rede von BDZV-Präsident Dr. Mathias Döpfner zur Eröffnung am 18. September****Es gilt das gesprochene Wort**

In einer Woche ist Wahl. Mit Martin Schulz und Horst Seehofer haben wir zwei der interessantesten aller möglichen Redner zu Gast. Und von Jogi Löw wollen wir lernen, wie man das Siegen trainieren kann.

Ich komme deshalb schnell zur Sache. Nachdem ich heute Morgen ausführlich unsere medienpolitischen Prioritäten dargestellt habe, habe ich jetzt nur noch eine einzige Botschaft. Kämpfen Sie für die Zukunft freier Gesellschaften durch kritischen Journalismus!

Drei Wochen aus diesem Sommer: Ende Juli ersticht Ahmad A., ein Palästinenser, in einem Edeka-Supermarkt in Hamburg einen 50-jährigen Mann. Sieben weitere verletzt er schwer. Am 9. August, überfährt Hamou Benlatrèche, ein 36-jähriger Algerier, sechs Soldaten in der Stadt Levallois-Perret bei Paris. Drei Tage zuvor versucht ein Islamist vor dem Eiffelturm mit einem Messer Menschen zu erstechen. Am 18. August tötet ein junger Mann namens Abderrahman Mechkah zwei Menschen in der finnischen Stadt Turku. Einen Tag zuvor ermorden zwölf Terroristen 13 Menschen in Barcelona.

Und am Freitag explodierte eine Bombe in der U-Bahn in London. Und in Paris attackierte ein weiterer Attentäter mit einem Messer Soldaten, die durch die französische Hauptstadt patrouillieren.

Vor 20 Jahren veröffentlichte Samuel Huntington seine Thesen vom Clash of Civilizations, vom Kampf der Kulturen. Der Harvard-Professor behauptete, dass sich neue Konflikte nach dem Ende des Kalten Kriegs zwischen unterschiedlichen Kulturen und Religionen entzünden würden. Damals wurde viel über Huntingtons Thesen gestritten. Heute sind sie Realität. Der Terror ist in Europa alltäglich. Und zwar schon seit 16 Jahren. 2001 war Nineeleveln, Terroristen ermordeten circa 3000 Menschen. Die Frequenz der Anschläge nimmt seither zu.

Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht bald in der Welt wiederfinden, die Michel Houellebecq in seinem Buch „Unterwerfung“ beschreibt. Eine Welt, in der Anschläge in Europa Alltag sind. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen. In Houellebecqs Unterwerfung geschieht das. Die Franzosen passen sich an: Es beginnt schleichend, Frauen tragen keine Miniröcke mehr, immer mehr treten zum Islam über. Soweit ist es bei uns nicht, aber wir

sehen die ersten Vorboten. Lidl bedruckt traditionell mehrere Produkte mit einem Bild aus Griechenland. Darauf sind auch Kirchen zu sehen. Um keine Kunden zu beleidigen, hat Lidl die Kreuze der Kirchen entfernt. Erst vor ein paar Wochen berichtete der „Stadt-Kurier“ aus Neuss, die traditionelle Bockwurst im Freibad sei abgeschafft worden. Grund:

Schweinefleisch. Halal sind längst nicht mehr nur türkische oder arabische Restaurants. Mir würde keine einzige Ergänzung einer Speisekarte Sorgen machen. Mögen die Leute Insekten, Vegetarisches, Veganes, Schnecken, Innereien, halal oder koscher essen. Sorgen macht mir das Gegenteil: das Ende der Vielfalt. Am schlimmsten ist die Streichung aus Angst. Der Beginn der Unterwerfung.

Nicht nur beim Essen laufen wir Gefahr, Rechtsstaat und Kultur den Vorstellungen einer kleinen, radikalen Minderheit zu opfern. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, warnte vergangenes Jahr vor einem generellen Verbot von Kinderehen. Ernsthaft. Um den iranischen Präsidenten Hassan Ruhani nicht zu brüskieren, sind auf dem Kapitol in Rom nackte Statuen in sargähnlichen Holzkisten versteckt worden. Temporär begraben wurde damit auch abendländisches Kulturverständnis.

Es gibt zig andere Fälle. Anders, als viele glauben, ist die Anpassung der Mehrheit an eine intolerante Minderheit keineswegs die Ausnahme. Das zeigt der Philosoph und Mathematiker Nassim Nicholas Taleb in seinem brillanten Aufsatz: „The most Intolerant wins: The Dictatorship of the Small Minority“, der Intoleranteste gewinnt. Und derzeit versuchen weltweit immer mehr Menschen, durch Intoleranz zu gewinnen.

Anfang dieses Monats wurde eine Frau in Leipzig vergewaltigt. Ein Sprecher der Polizei sagte: „Es wäre besser, zu zweit joggen zu gehen...“ Diese Ansage ist eine Unterbrechung des Rechtsstaates im Leipziger Rosental. In Hamburg versetzten linke Gewalt-Kriminelle beim G 20-Gipfel eine ganze Stadt in den Ausnahmezustand. Die Polizei war phasenweise nicht mehr in der Lage, ihre Bürger zu schützen.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht rechtsradikale Gewalttaten und antisemitische Ausfälle das Land erschüttern. Die „FAZ“ berichtete in diesen Tagen über eine Studie, für die über 500 Juden in Deutschland befragt wurden. Alleine aus dem letzten Jahr berichteten 29

Prozent von Beleidigungen und Belästigungen. Und drei Prozent waren innerhalb der vergangenen zwölf Monate körperlich attackiert worden. Weil sie Juden sind.

Die wenigsten Fälle werden bekannt, wenn doch, kommen sie seltsam alltäglich daher: In Berlin Mitte sagt ein Imbissverkäufer zu einem Gast, er bediene Juden nicht. In Kreuzberg bespucken Jugendliche einen Kippa-Träger. Auch das ist das Deutschland der Gegenwart. Erst vor ein paar Tagen haben Deutsche in Prag beim Länderspiel der Nationalmannschaft „Sieg Heil“ ins Stadion gegrölt.

Währenddessen hat die AfD Spitzenkandidatin Alice Weidel wohl eine E-Mail geschrieben, die so staatsfeindlich und völkisch-verschwörungstheoretisch ist, dass man nicht weiß, ob dieses Denken noch AfD oder schon NPD ist, beziehungsweise, was genau der Unterschied ist.

Während Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland Gegenwind haben, erleben sie in vielen anderen Ländern eine Sturmflut:

Meşale Tolu ist eine deutsche Journalistin. Sie arbeitet regelmäßig in der Türkei. In der Nacht auf den 30. April wird ihre Wohnung in Istanbul von Anti-Terror-Einheiten gestürmt. Sie kommt ins Gefängnis. Ihr drohen 15 Jahre Haft. Nach allem, was man weiß, wurde sie verhaftet, weil sie ihren Job gemacht hat. Sie besuchte eine Veranstaltung zum Gedenken an eine kurdische Aktivistin – als Journalistin.

Meşale Tolu teilt ihr Schicksal mit dem Reporter Deniz Yücel von der WELT und auch mit dem Menschenrechtsexperten Peter Steudtner. Die Regierung der Türkei, bislang unser engster Verbündeter in der muslimisch geprägten Welt, entfremdet sich. Aus einer Demokratie ist eine Autokratie geworden.

Und was tun wir?

Nicht nur in der Türkei wendet sich die Regierung von liberalen, westlichen Werten ab. Die Pressefreiheit war 2016 so stark bedroht wie seit 13 Jahren nicht mehr. Nur noch 13 Prozent der Menschheit haben Zugang zu freien Medien. Feinde der offenen Gesellschaft wirken nicht nur in Aserbaidschan, auf Kuba, in Eritrea, Iran, Nordkorea, Syrien und China. Lange als Folklore abgetane Atomtests in Nordkorea entwickeln sich zur Bedrohung für den

Weltfrieden. Auch in unserer Nachbarschaft ist die Autokratie als Staatsform auf dem Vormarsch: Neben der Türkei verabschieden sich immer mehr Länder Osteuropas von freiheitlichen, demokratischen Grundwerten und erklären kritische Berichterstattung zum Störfaktor.

Noch viel schlimmer ist die Lage beim großen Nachbarn im Osten: Allein dieses Jahr wurden drei Reporter in Russland ermordet: Yevgeny Khamaganov in Ulan-Ude, Nikolay Andrushchenko in St. Petersburg und Dmitry Popkov in Minusinsk. Und vor zehn Tagen floh die regierungskritische Reporterin Yulia Latynina aus Russland.

Mir ist es wichtig, an dieser Stelle an diese Kolleginnen und Kollegen zu erinnern, stellvertretend für alle Journalisten, die bei ihrer Arbeit gefährdet oder ermordet wurden. Im Jahr 2016 waren es 74 Journalisten, die im Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet wurden. Dieses Jahr – bis heute – sind es 23 Journalisten. Und acht Helfer von Journalisten. Wir verneigen uns vor ihrer Tapferkeit und vor ihrem Mut. Und wir müssen uns die Frage stellen: Was tun wir? Was haben wir dem Vormarsch autoritärer und autokratischer Kräfte entgegenzusetzen?

Hilfreich ist die Erinnerung, dass autokratische Systeme fast immer zuerst bei der Freiheit des Ausdrucks, der Meinungsfreiheit, Kunstfreiheit und Pressefreiheit ansetzen. Der Vorbote des Holocaust war 1933 die Nacht der Bücherverbrennung.

Vor ein paar Wochen bin ich in die Gedenkstätten der Vernichtungs- und Konzentrationslager Sobibor, Majdanek und Belzec gereist. Allein in Belzec wurden in wenigen Monaten mehr als 500 000 Juden ermordet – aus den Zügen direkt in die Gaskammern getrieben. Ein wirkliches Lager gab es da gar nicht. Hier wurde sofort getötet – nicht mehr als drei Deportierte sollen überlebt haben. In Majdanek steht die Gaskammer noch. Ein Raum, eng wie ein Schuhkarton. Ein Dreckloch. Wenn man dort steht, gibt es nur noch ein Gefühl: Abscheu. Ich bitte Sie: Fahren Sie hin. Es ist der Tiefpunkt menschlicher Zivilisation.

Der Barbarei ein Ende gesetzt hat Amerika gemeinsam mit den Alliierten. Und anstatt Deutschland in einen Agrarstaat ohne Industrie zu verwandeln, wie es der Finanzminister Morgenthau nachvollziehbarerweise vorschlug, setzte sich im Weißen Haus Unterstaatssekretär James McCloy durch, der dafür sorgte, dass F.D. Roosevelt die Vision eines eigenständigen demokratischen Deutschlands entwickelte. Das war auf den Tag genau gestern vor 73 Jahren.

Ohne das Engagement der USA während der Luftbrücke würde es Berlin als deutsche Hauptstadt heute vermutlich nicht geben. Auch die Wiedervereinigung vierzig Jahre später wäre ohne die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten George Bush nie zustande gekommen.

Wir verdanken den Amerikanern mehr als jeder anderen Nation. Vielleicht tun wir uns deshalb seit vielen Jahrzehnten so schwer mit unserer Freundschaft. Denn eines verzeihen Menschen anderen Menschen nie und rächen sich dafür oft: wenn sie ihnen dankbar sein müssen.

Da wirkt es für die, die damit nicht klarkommen, geradezu beruhigend, dass die USA selbst nun einen Grund für ihre Phobie liefern: Donald Trump. Er ist erratisch, narzisstisch, journalistenfeindlich und demokratiegefährlich.

Jetzt ist es die Aufgabe der Europäer, unsere Aufgabe, die Werte, die uns die USA vermittelt haben, zu verteidigen und vorzuleben. Nicht dem amerikanischen Volk, das an Großartigkeit nichts eingebüßt hat! Aber seinem Präsidenten und seinem Kabinett. Das transatlantische Bündnis ist unter Trump geschwächt. Noch schlimmer ist: Damit verschiebt sich die globale Machtkonzentration hin zu autokratischen Ländern, die Angst vor der Freiheit haben, vor allem vor der Freiheit der Gedanken und Worte, und in denen deshalb Journalisten bedroht werden oder sterben.

So ist die Lage: Demokratien der Mitte und des Maßes sind weltweit geschwächt. Populisten, Autokraten und Diktatoren sind global auf dem Vormarsch und werden jeden Tag stärker. Orban hat sein Land im Griff. Kaczyńskis Zustimmungswerte steigen in Polen. Erdogan ist der starke unerbittliche Leader, den sich eine Mehrheit in der Türkei wünscht. Der chinesische

Präsident Xi Jinping, an der Spitze einer nichtdemokratischen Weltmacht, präsentiert sich auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos wie der letzte Hüter des Freihandels. Und Putin führt mit seiner völkerrechtswidrigen Annexions-Strategie und Digital-Propaganda eine westliche Demokratie nach der anderen am Nasenring durch die Manege. Die Sorge darüber fällt bei vielen gebremst aus. Wie überhaupt insgesamt gilt: Die Stimmung ist besser als die Lage.

Und was tun wir? Haben wir dem etwas entgegenzusetzen?

Komplizierter wird das Bild obendrein, weil freiheitliche Werte und Frieden nicht nur durch politische Entwicklungen unter Druck geraten.

Vor ein paar Tagen twitterte der Erfinder und Unternehmer Elon Musk: „Competition for AI superiority at national level most likely cause of WW3 imo. (=in my opinion)“ Auf Deutsch: „Der Wettbewerb um die Hoheit bei Künstlicher Intelligenz zwischen einzelnen Ländern ist nach meiner Meinung der wahrscheinlichste Grund für einen dritten Weltkrieg.“

Musk ist für vieles berühmt. Angst vor Technik gehört nicht dazu. Seine Autos, Teslas, sind selbst mit einer Vorab-Version von künstlicher Intelligenz ausgestattet, so dass sie fahren können, während der Fahrer ein Nickerchen macht. Als Musk vor drei Jahren auf einer Konferenz gefragt wurde, wie lange es denn wohl dauern werde, bis fahrerlose Autos erlaubt sein würden, antwortete er: Es würde ihn viel mehr interessieren, wie lange es dauern würde, bis Autos mit menschlichen Fahrern verboten würden. Weil sie einfach unsicherer sind. Das sei undenkbar, warf ein Konferenzteilnehmer ein. Undenkbar? Musk entgegnete: Undenkbar war es vor hundert Jahren auch, einen Aufzug ohne Liftboy zu betreiben.

Musk nun hat einen Fonds aufgelegt und mehr als eine Milliarde Dollar eingesammelt, um die Bedrohungen durch künstliche Intelligenz zu bekämpfen. Ich halte es für wichtig, dass wir uns mit Musks Argumenten auseinandersetzen. Auch, weil unsere Branche direkt von künstlicher Intelligenz betroffen ist. Oder etwas allgemeiner gefasst, weil die Digitalisierung ganz offensichtlich das Potenzial für beides hat: Eine Menschheitsbeglückung zu werden wie die Erfindung des Rads oder des Buchdrucks. Oder ein Instrument der Freiheitsberaubung, das Orwells „1984“ wie ein harmloses Präludium erscheinen lässt.

Vor ein paar Wochen war ich im Urlaub. Kleiner Ort, nicht weit vom Meer. Früher bin ich im Urlaub einfach losgelaufen, sagen wir, um den nächsten Bäcker zu finden. Heute verwende ich Google Maps. Der Weg zum Bäcker ist jetzt immer der kürzeste. Ich spare Zeit. Aber ich sehe weniger. Sie denken jetzt: Lieber Herr Döpfner, dann lassen Sie das Handy halt zu Hause. Stimmt. Das würde gehen. Es macht aber niemand. Weil alle den kürzesten Weg wollen. Längst sind wir daran gewöhnt, dass Computer uns immer eine bessere Alternative zu unserem ursprünglichen Plan anbieten. Google Maps ist harmlos.

Nun bieten die Systeme uns aber auch den besseren Partner fürs Leben an. Den besseren Job. Das bessere Haus. Googles E-Mail-Software bietet auf bestimmte Mails fertige Antworten an. Unterm Strich: das bessere Leben. Es ist das Dilemma der besseren Alternative. Es wirft die Frage auf, wie es in der Zukunft um unseren freien Willen bestellt sein wird. Die Entwicklung ist fast an ihrem Ziel. Yuval Harari, ein israelischer Historiker, der die Bestsellerlisten dominiert, stellt fest, wie wenig es für das Ende des freien Willens bedarf: „Google muss nicht perfekt funktionieren. Google muss nicht immer richtigliegen. Es reicht, wenn es im Durchschnitt besser funktioniert als ich selbst.“ Und wer jetzt denkt, dass das hier alles ein wenig übertrieben ist, dem möchte ich folgendes Zitat anbieten: „Wir wissen, wo du bist, wir wissen, wo du warst, wir wissen mehr oder weniger, was du gerade denkst.“ Gesagt hat das im Oktober 2010 Eric Schmidt, Chairman von Google. Die Entmündigung des Menschen durch die Maschine als kapitalistisches Programm? Ein anderer Satz von Schmidt lautet: „Ich glaube, dass die meisten Menschen eigentlich nicht wollen, dass Google ihnen ihre Fragen beantwortet, sie wollen, dass Google ihnen sagt, was sie als nächstes tun sollen.“

Auch uns stellen sich in diesem Zusammenhang ganz konkrete Fragen. Wie gehen wir als Branche mit der neuen Macht der Zahlen um? Schreiben wir einen Text neu oder um, weil die in Echtzeit erhobenen Statistiken darauf hindeuten, dass er mit ein, zwei Änderungen noch mehr gelesen werden würde? Wie gehen wir damit um, dass Plattformen den Nutzern individualisierte Angebote machen, die dazu führen, dass immer mehr Leute nur noch die Bestätigung ihrer eigenen Vorurteile lesen? Oder dass die Wahl von Donald Trump von den Mechanismen auf Facebook begünstigt wurde? Wie wollen wir arbeiten? Wie wollen wir leben? Was tun wir? Als ich vor einigen Monaten mit Tim Berners-Lee, dem Erfinder des World Wide Web, über künstliche Intelligenz diskutierte, fragte ich ihn, ob er glaube, dass

eines Tages KI menschliche Intelligenz übertreffen und also übernehmen werde. Da antwortete er, das sei keine Frage des Ob, sondern des Wann. Vor ein paar Wochen stellte ich dem führenden KI-Experten aus Deutschland, Chris Boos, die gleiche Frage. Seine Antwort: Natürlich wird es passieren. Aber machen Sie sich keine Sorgen! Wir werden leben wie Tiere im Zoo. Wir werden genug zu essen haben und es wird uns gut gehen. Nur: Die relevanten Entscheidungen werden eben von Maschinen getroffen.

Yuval Harari denkt in seinem jüngsten Buch „Homo Deus: Eine Geschichte von morgen“ über den Stand der Menschheit in Anbetracht des technischen Fortschritts nach. Der Homo Sapiens tritt ab. Wir treten ab. Es folgt der Homo Deus, der Mensch, der Gott ähnlicher wird. Nicht nur klüger, sondern immer langlebiger und eines Tages vielleicht sogar unsterblich. Jetzt gehe es darum, neue Gehirne, Körper, Gedächtnisse zu erschaffen. Klingt völlig irre. Aber gearbeitet wird daran schon. Harari sagt: Mit Hilfe der Biotechnologie und der künstlichen Intelligenz werden wir neue Wesen erschaffen. Ray Kurzweil, ein brillanter Visionär, der für Google arbeitet, glaubt, dass wir exakt im Jahr 2045 etwas erreichen, das er „Singularität“ nennt. Es ist der Punkt, an dem die Maschine den Menschen hinsichtlich ihrer Intelligenz überholt.

Finden Sie, ich übertreibe? Ist Ihnen das gezeichnete Bild zu apokalyptisch? Oder sind Sie schlicht zunehmend unsicher, worauf ich eigentlich hinauswill mit der Beschreibung all dieser Bedrohungen und Veränderungen?

Das kann ich gut nachvollziehen. Worauf ich hinauswill, ist ganz einfach:

Denn wie lassen sich Terrorangriffe, die politischen Verwerfungen und die gesellschaftlichen Veränderungen durch medizinischen Fortschritt, Digitalisierung und künstliche Intelligenz abwehren – beziehungsweise sinnvoll und zu unserem Wohl gestalten: Wie stellen wir sicher, dass künftig die Maschine den Menschen dient und nicht der Mensch den Maschinen?

Meine tiefe Überzeugung ist: durch Journalismus. Als Werkzeug der Freiheit.

Journalismus ist der Scheinwerfer der Aufklärung oder, eine Nummer kleiner, zumindest die Taschenlampe des mündigen Bürgers. Journalismus bedeutet, unbequeme Fragen zu stellen, unangenehme Wahrheiten auszusprechen, Verdecktes aufzudecken – Licht an Dinge bringen, die im Dunklen bleiben sollten. Journalismus bedeutet auch Streit, Polemik, Debatte – und damit geistige Anregung und ein beharrliches Ringen um die richtige Sicht der Dinge, die ewige Suche nach dem richtigen Weg. Journalismus informiert, unterhält und bildet – und prägt damit letztlich den wahren Souverän der Demokratie: den mündigen Bürger. Nur dieser mündige Bürger und nicht etwa der bevormundete oder durch monopolistische Plattformen unmündig gemachte Bürger kann auf Basis von richtigen und relevanten Informationen und Erkenntnissen richtig entscheiden, was er will. Auf dass die von ihm gewählten Politiker dann die Weichen richtig stellen. Oder selbstbewusster werdende Gesellschaften ihre Autokraten entmachten. Genau deshalb fürchten Diktatoren nichts mehr als freie Presse.

Voraussetzung, dass diese Mechanismen funktionieren, ist eine Vielfalt im Wettbewerb der publizierten Tatsachen und Meinungen. Zur Demokratie gehört nun einmal, dass wir uns selten einig sind. Das Ringen um das Richtige ist ein Merkmal von Demokratie, von Gemeinwesen und Freiheit. Es ist in den Parlamenten verankert, aber in der Stufe davor – und mindestens genauso wichtig – in den Medien. In Kommentaren und Leitartikeln. In Leserbriefen, Kommentarspalten und Foren. In offenen, demokratischen Gesellschaften herrscht eine bewährte Balance: Politiker und Unternehmer handeln und gestalten, Journalisten stellen die kritischen Fragen, damit dieses Handeln und Gestalten auch wirklich den Interessen der Bürger dient.

All das bedeutet nicht, dass Verlage und Journalisten keine Fehler machen. Wir springen manchmal zu schnell, wenn uns ein Politiker ein Stückchen hinhält. Wir veröffentlichen zu viele Interviews, in denen solange autorisiert und redigiert worden ist, bis mit vielen Worten nichts gesagt wird. Und wenn einer doch mal etwas Kantiges sagt, fallen wir Sprachpolizisten gerne hysterisch über ihn her. Wir lassen zu viele Leserinnen und Leser mit ihren wahren Problemen alleine, weil wir uns auf den Lebensstil urbaner Eliten konzentrieren. Wir sollten bei Berichterstattung über Kriminalität deutlicher auf die Herkunft der Täter hinweisen, weil

es wahr ist, aber auch, um rechten Hetzern die Verschwörungstheorie von der Political Correctness-Mafia zu zerstören.

Wir müssen, um mit Rudolf Augstein zu sprechen, schreiben, was ist und nicht schreiben, was sein sollte. Manche von uns haben die Wahl von Donald Trump zu kategorisch für unmöglich gehalten und dann im Eifer gegen die schlechte Sache einseitig und unfair über ihn berichtet. Und manche von uns lagen beim Brexit komplett daneben, weil das, was nicht sein darf, nicht sein kann. Ärgerlich. Aber: Bei uns sichert Wettbewerb die Selbstkontrolle. Weil wir untereinander konkurrieren. Weil eine Krähe der anderen in unserem Fall eben sehr wohl ein Auge aushackt. In anderen Branchen ist das anders. Denken wir an die Auto-Branche. Da müssen andere die Aufklärung leisten. Und auch hier waren es Journalisten, die Dieselgate und Kartellaffäre ans Licht brachten.

Ja, wir machen Fehler. Auch ganz simple Recherche-Fehler. Aber wir schreiben nichts Falsches, um damit Geld zu verdienen. Wie die Produzenten von Fake News. Oder um propagandistisch zu manipulieren wie autokratische Politiker. Wenn ein Journalist einen Fehler macht, dann wird er korrigiert, entweder durch die Konkurrenz oder weil er ihn erkennt und sich entschuldigt. Transparent und öffentlich.

Und auf noch etwas können wir stolz sein: Auf unsere Innovationskraft und -geschwindigkeit. Anders als viele andere Branchen adaptieren wir neue Möglichkeiten in Höchstgeschwindigkeit. Datenjournalismus. Interaktive Grafiken. Auch Roboterjournalismus und algorithmisch gesteuerte Themenplatzierung auf den Homepages – es gibt kaum einen Trend, kaum eine Idee in unserer Branche, an der in Deutschland nicht gearbeitet wird.

Bei Funke setzen die Kollegen jetzt eine selbst entwickelte Software ein, mit der Redakteure bei der regionalen Berichterstattung viel einfacher mit Videos arbeiten können. Die „Rheinische Post“ hat eine große Audio-Offensive gestartet. Die Leser sind jetzt auch Podcast-Hörer.

Der „Tagesspiegel“ veröffentlicht mittlerweile zwölf Newsletter, um mit hyperlokaler Berichterstattung sehr speziell interessierte Leser zu erreichen. Mit „Nordkind“, einer Mischung aus Blog und Magazin, wendet sich die „Nordsee-Zeitung“ an Leser zwischen 25

und 35. Die Redakteure der WELT setzen Roboterjournalismus in der Sportredaktion ein. Bei der „Mainpost“ in Würzburg läuft mittlerweile „Programmatic Publishing“. Die Kollegen des „Medienhaus Lensing“ haben in Dortmund mit dem „Dortmund Deal“ eine Plattform gebaut, die regionalen Handel und regionale Leserschaft verbindet. Wer hier vor 14 Uhr einkauft, bekommt Produkte noch am selben Tag geliefert. Jeff Bezos würde staunen.

Grundlage der Rolle, die wir in der Gesellschaft spielen, ist das Vertrauen. Interessant ist eine aktuelle Umfrage der britischen Meinungsforscher von yougov. Darin gaben 47 Prozent der Befragten auf die Frage „Wie vertrauenswürdig sind die folgenden Informationsquellen?“ Tageszeitungen, Zeitungen und Magazine die beste oder zweitbeste Note. In derselben Studie wurden die Beteiligten gefragt: „Wie stark sind die folgenden Informationsquellen anfällig für die Verbreitung von Fake News?“ Hier liegen die Tageszeitungen, Zeitungen und Magazine auf dem letzten Platz. Facebook schaffte es locker auf Platz eins: 61 Prozent der Befragten halten das soziale Netzwerk für stark oder sogar sehr stark anfällig, wenn es um die Verbreitung von Fake News geht.

Ja, es sieht so aus, als wäre die Debatte über Fake News eine große Chance für uns. Von wegen Lügenpresse, von wegen Lückenpresse: Die Professur für Wirtschaftsjournalismus an der Uni Würzburg untersucht Jahr für Jahr das Vertrauen in die Medien. Das Vertrauen der Deutschen in Zeitungen ist in den letzten Monaten stark, genauer um 10 Prozent, angestiegen. Es ist derzeit so hoch wie seit 15 Jahren nicht mehr.

Woran liegt das, dass uns die Menschen so sehr vertrauen? Natürlich an Brexit, Fake News und dem Aufstieg populistischer Bewegungen im Westen. An unserer kontinuierlichen Arbeit generell. Ganz besonders aber an den investigativen Leistungen. Wir berichten über das, was eigentlich verschwiegen werden sollte. Und genau das wird wichtiger denn je.

Seit vielen Jahrzehnten wurde unser Handwerk nicht so sehr gebraucht wie heute.

Dementsprechend wollen wir auch behandelt werden: Wir erwarten, dass die Politik für Rahmenbedingungen sorgt, die es uns ermöglichen, Journalismus als Geschäftsmodell zu betreiben. Das bedeutet einerseits, dass solche Konkurrenz, die von einer Art Steuer lebt, Grenzen gesetzt bekommen muss. Und andererseits, dass Plattformen Plattformen bleiben

müssen. Und eben nicht die Rolle von Verlagen mit inhaltlicher Verantwortung, redaktioneller Auswahl und eines Tages sogar eigenen Redaktionen spielen dürfen. Auf die ethischen Probleme, die von Technologie-Plattformen als Verlagen ausgehen würden, will ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Nur so viel: Wenn eine Plattform mit zwei Milliarden Kunden entscheidet, wer welche Informationen bekommt, dann ist das ein Zustand, den man aus Diktaturen kennt.

Es ist eine Aufgabe vor allem für Brüssel, zumindest in Europa auch auf diesem Gebiet die Voraussetzungen für Wettbewerb und Vielfalt zu schaffen. Wir erwarten deshalb sehr nachdrücklich, dass die Politik diese Rahmenbedingungen schafft, und zwar nicht, um uns einen Gefallen zu tun, sondern im ureigenen Interesse von Demokratie und Rechtsstaat.

Faire Wettbewerbsbedingungen – nicht mehr, aber eben auch nicht weniger erwarten wir von der Politik. Und was sollten wir von uns selbst, von Verlegern und Verlagsmanagern erwarten?

Ich schlage zwei Dinge vor:

Erstens: Dass wir für die Grundlagen unseres Geschäftes und damit für die Zukunft des Journalismus und seiner Rolle in der Gesellschaft mit aller Kraft kämpfen. Indem wir die medienpolitischen Ziele, die die Zukunft von analogem, vor allem aber von digitalem Journalismus ermöglichen, hier in diesem Verband definieren und durchsetzen. Jeder einzelne von Ihnen kann dabei helfen. Mischen Sie sich ein, machen Sie mit. Es geht um alles. Nicht nur um Ihr Business. Sondern darum, wie unsere Gesellschaft aussehen wird. Das ist die erste Erwartung.

Und die zweite ist: Dass wir zu Hause in unseren Verlagen die Rahmenbedingungen schaffen, damit Journalismus relevant und erfolgreich bleibt. Meine Bitte an Sie, an jeden einzelnen hier im Raum ist: Schaffen Sie gerade in diesen schwierigen, politisch sehr fragilen Zeiten die Voraussetzungen, dass freier, kritischer Journalismus weiterhin entsteht und gedeiht. Eigentlich sind die Rahmenbedingungen günstig. Die Flut von Fake News hat im öffentlichen Bewusstsein eine Renaissance der Nachricht eingeleitet. Richtige, verlässliche Fakten,

exklusive News sind ein begehrtes Gut. Der „Verantwortliche Absender“ ist wieder gefragt. Investieren Sie deshalb in die digitalen Vertriebsformen. Sparen Sie durch die Modernisierung von Workflows, sparen Sie durch die Effizienzgewinne neuer Technologie, sparen sie überhaupt überall, wo Sie wollen. Aber investieren Sie in die digitalen Vertriebsformen. Und investieren Sie in Reporter, die dahin gehen, wo es brennt. Investieren Sie in investigative Recherchen und in Reisen, die dazu nötig sind. Und investieren Sie in kritische Querköpfe, die uns manchmal nerven, die aber oft den Finger in die Wunde legen. Und vor allen Dingen investieren Sie in exzellente Autoren, die so schreiben, dass die Menschen weiterlesen müssen.

Ich bitte Sie, jeden von Ihnen, als Verleger lokaler Zeitungen, regionaler Zeitungen und nationaler Zeitungen: Geben Sie durch Ihren Mut zur Freiheit der kritischen Recherche ein Beispiel, das Ihre Redaktionen ermutigt. Stützen Sie den, der in der Stadtverwaltung aneckt, weil er immer kritische Fragen stellt. Stützen Sie die Geschichte, die Ihnen ein führender Politiker ausreden will. Und stützen Sie die Veröffentlichung eines Beitrags, den ein großer Anzeigenkunde mit Anzeigenboykott bestrafen könnte oder wird. Wir haben keinen Spielraum zum bangen Kompromiss. Die Zeiten sind zu ernst. Es geht um zu viel. Nur wenn wir angriffslustig und selbstbewusst sind, können wir gewinnen. Sie, liebe Verlegerinnen und Verleger, haben schon immer einen besonderen Beruf ausgeübt, der in der Gesellschaft eine besondere Rolle spielt. Sie waren immer wichtig. Jetzt sind Sie überlebenswichtig.

Das Schöne daran ist: Für exzellenten Journalismus waren die Zeiten noch nie so gut wie heute. Wir haben die Werkzeuge, die wir benötigen, um unserer Aufgabe nachzukommen. Nie zuvor konnte ein einzelner Journalist so viele Menschen erreichen wie heute. Um dazu beizutragen, dass der Rechtsstaat und nicht die Justizwillkür triumphiert, dass Toleranz mehr Charisma hat als Ressentiment, dass Debatte siegt und nicht staatlich gelenkte Propaganda, dass Demokratie stärker ist als Autokratie und dass in dieser wunderbaren offenen Gesellschaft, in der wir so gerne und gut leben, am Ende nicht die Angst siegt, sondern die Freiheit.

Deniz Yücel schrieb vor Kurzem im Gefängnis: „Als Journalist könnte ich mir in diesen Tagen keine interessantere und als Bürger dieses Landes keine sinnvollere Aufgabe vorstellen als

diese. Ich sag's ja: Türkei-Korrespondent müsste man jetzt sein. Journalismus ist schließlich kein Verbrechen.“

Lassen Sie uns daran arbeiten, dass das so bleibt, beziehungsweise wieder überall so wird, dass Journalismus kein Verbrechen ist, sondern ein Rohstoff der Demokratie.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die nächsten zwölf Monate. Es geht um alles.

Und wenn wir es richtigmachen, liegt das Beste noch vor uns. An die Arbeit!

Mathias Döpfner ist Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE („Welt“, „Bild“, Business Insider). Er hielt diese Rede als Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Zeitungsverleger (BDZV) beim diesjährigen Treffen in Stuttgart. Nachdem Mathias Döpfner die Rede gehalten hat, haben wir das gesprochene Wort übernommen und den Namen des Blattes „Stadt-Kurier“ korrigiert.